

Die beiden Afrikanischen Konferenzen in Accra 1958: Ghana und Algerien zwischen Annäherung und Differenz

Lisa Hoppel¹

Abstract

Ende der 1950er Jahre verdichtete sich die Vernetzung antikolonialer und antiimperialistischer AktivistInnen mit der Etablierung trans- und internationaler (Aus-)Handlungsräume im Globalen Süden. Im Zuge der Conference of Independent African States (CIAS) und der All-African People's Conference (AAPC) 1958 bildete sich Accra zu einem Zentrum der Dekolonisierung heraus. Trotz ihrer Unterschiede verdeutlichen die Konferenzen die zunehmenden Bemühungen, eine kontinentale Agenda zu formulieren, verweisen aber zugleich auf die zahlreichen damit einhergehenden Herausforderungen. Dieser Beitrag fragt nach den Bedeutungen der beiden afrikanischen Konferenzen aus den unterschiedlichen Perspektiven der VeranstalterInnen in Ghana, allen voran Kwame Nkrumah, und der Repräsentanten der algerischen Befreiungsfront (FLN). Im Verlauf der Konferenzen zeichnen sich bereits einige Veränderungen in Argumentation und Ausrichtung der ghanaischen und algerischen Protagonisten ab, die eine spätere Annäherung im Rahmen einer radikaleren Afrikapolitik erahnen lassen.

¹ Lisa Hoppel, Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW) und Universität Wien. Kontakt: lisa.hoppel@univie.ac.at

Mein herzlicher Dank gilt Arno Sonderegger für seine hilfreichen Hinweise, sowie den anonymen GutachterInnen für ihre weiterführenden Anmerkungen und Korrekturen.

Entlang der Konfliktlinien, die aufgrund divergierender Ausgangssituationen, Rollen und Interessen der KonferenzteilnehmerInnen auftraten, schildert der Beitrag zudem, wie multiple Zukunftsvisionen, Ordnungsvorstellungen und Vorgehensweisen, diese zu erreichen, nebeneinander existierten. Die daraus resultierenden Ambivalenzen verweisen aber nicht nur auf die Grenzen der neuen afrikanischen Plattformen, sondern auch auf Möglichkeiten alternativer politischer Ziele und Strategien.

With the establishment of transnational and international forums for discussion in the Global South in the late 1950s, the networking of anti-colonial and anti-imperialist activists intensified. In the course of the Conference of Independent African States (CIAS) and the All-African People's Conference (AAPC) in 1958, Accra emerged as a prominent centre of decolonization. Despite their many differences, the two conferences illustrate that efforts to formulate a continental agenda were increasing. However, at the same time, they disclose the many challenges that accompanied these endeavours. This paper examines the different perspectives of the organizers in Ghana, most notably Kwame Nkrumah, and the representatives of the Algerian Liberation Front (FLN), and their different agendas. It is shown that some arguments and orientations of the Ghanaian and Algerian protagonists changed already during the course of the conferences – foreshadowing the rapprochement within the framework of a more radical Africa policy that came into being a few years later. It becomes clear, moreover, how various visions of the future, alternative notions of order, and different practical understandings and approaches to achieve them coexisted. The resulting ambivalences point not only to the limits of the new African platforms eventually established, but also to the multiple possibilities of alternative political goals and strategies debated at the time.

Als sich die Dynamiken des Kalten Krieges und der Auflösung der Kolonialreiche in den 1950er Jahren zunehmend miteinander verwoben, verlagerten sich die Zentren des antikolonialen und antiimperialistischen Aktivismus vermehrt in den Globalen Süden (Burton 2019: 25). Die folgenden Dekaden eröffneten eine Ära der intensiven politischen, sozialen und kulturellen Interaktionen. Zahlreiche Konferenzen in Asien und Afrika

belegen die erhöhte Mobilität und Vernetzung nicht nur von staatlichen, sondern auch nichtstaatlichen AkteurInnen wie etwa antikolonialen AktivistInnen, Gewerkschaftsmitgliedern und Studierenden.² Die Afro-Asiatische Konferenz in Bandung 1955 stellt die prominenteste Zusammenkunft jener Zeit dar, ist aber keinesfalls als isoliertes Ereignis zu betrachten. Sogenannte „Other Bandungs“ (Lewis/Stolte 2019) förderten den Austausch von Erfahrungen, Ideen und Visionen über territoriale, sprachliche und ideologische Grenzen hinweg. So verdichtete sich auch auf dem afrikanischen Kontinent die Vernetzung der nationalen Unabhängigkeitsbewegungen. Als wichtige Triebkraft der Bemühungen, Entwürfe eines postkolonialen Afrikas hervorzubringen, erwies sich der Panafrikanismus, der zahlreiche und zum Teil divergierende kulturelle Konzepte und politische Projekte hervorbrachte. Ab Ende der 1950er Jahre wurde die Vorstellung eines vereinigten Afrikas zunehmend von afrikanischen NationalistInnen aufgegriffen. VertreterInnen der afrikanischen Unabhängigkeitsbewegungen verknüpften oftmals befreiungsnationalistische Strategien mit internationalistischen Ansprüchen (Hoppel 2019). Mit der Ausrichtung afrikanischer Konferenzen und der Institutionalisierung panafrikanischer Aktivitäten etablierten sich alternative Plattformen im internationalen System, die ihren Visionen und Agenden Gehör verschaffen sollten (siehe auch Burton in diesem Heft). Der Beitrag befasst sich mit den beiden afrikanischen Konferenzen, die 1958 in Ghanas Hauptstadt Accra ausgetragen wurden – die *Conference of Independent African States* (CIAS) von 15. bis 22. April und die *All-African People's Conference* (AAPC) von 8. bis 13. Dezember. Während die CIAS eine Zusammenkunft der Regierungsvertreter³ der bereits unabhängigen afrikanischen Staaten war, sollte die AAPC vor allem nichtstaatliche VertreterInnen der kolonisierten Gesellschaften wie Befreiungsbewegungen, Parteien, Organisationen und Gewerkschaften zusammenbringen. Entsprechend unterschiedlich sind die Zusammensetzungen, Themenschwerpunkte und Ergebnisse der beiden Konferenzen. Dennoch hatten die Konferenzen auch einiges gemeinsam: Beide standen im Zeichen der panafrikanischen Politik des ghanaischen Premierministers Kwame Nkrumah, der beide Konferenzen ausrichtete und aktiv an ihnen teilnahm,

² Siehe zum Beispiel die Beiträge in Burton (2018).

³ Die rein männliche Schreibweise wird im Folgenden verwendet, wenn es sich tatsächlich nur um Männer handelt, wie es bei den Delegierten der CIAS der Fall war.

und beide trugen zur Bedeutung Ghanas als Ort der Vernetzung für antikoloniale Bewegungen bei. Schließlich wurde auf der CIAS erstmals die Unterstützung der unabhängigen afrikanischen Staaten für die antikolonialen Unabhängigkeitskämpfe in Afrika bestätigt und auf der AAPC debattierten radikale und moderate VertreterInnen heterogener politischer Gruppierungen miteinander über Wege in die Unabhängigkeit und postkoloniale Ordnungsvorstellungen.

Die Auseinandersetzung mit den beiden Konferenzen ermöglicht somit Einblicke in Diskussionen zur Transformation der bestehenden (ungleichen) Weltordnung und verdeutlicht die zunehmende transnationale Vernetzung unterschiedlicher Befreiungs-, Widerstands- und Oppositionsbewegungen, wie sie in aktuellen Untersuchungen zu Süd-Süd-Beziehungen während der sogenannten „Bandung Ära“ einen zentralen Stellenwert einnehmen (vgl. The Afro-Asian Networks Research Collective 2018). So fordert zum Beispiel Christopher Lee (2010: 19), man möge den Vorstellungen, den Widersprüchen und Optionen dieses Moments auf den Grund gehen. Zu solchem Zweck fokussiert dieser Beitrag auf die unterschiedlichen Sichtweisen der ghanaischen und algerischen Beteiligten an beiden afrikanischen Konferenzen in Accra. Dazu gehörten einerseits jene Personen, die in die Planung, Organisation und Abwicklung der CIAS und der AAPC in Ghana aktiv waren. Das waren neben Kwame Nkrumah vor allem Mitglieder der Regierungspartei *Convention People's Party* (CPP) und Vertraute Nkrumahs, die in den „African Affairs“-Institutionen tätig waren. Die algerischen Repräsentanten andererseits setzten sich bei beiden Konferenzen aus Mitgliedern der *Front de Libération Nationale* (FLN) zusammen, die 1954 den langjährigen Unabhängigkeitskrieg gegen Frankreich begann. Die Ausgangssituationen, Rollen und Agenden der ghanaischen und algerischen Akteure bei den beiden Konferenzen erscheinen daher höchst verschieden. Kwame Nkrumah war als Initiator beider Konferenzen vor allem bestrebt, Ghanas Position als kürzlich unabhängig gewordener Staat im afrikanischen politischen Spektrum zu festigen und seine Vision der Afrikanischen Einheit zu verbreiten. Die Vertreter der algerischen FLN bemühten sich hingegen um internationale Anerkennung, Unterstützung und Vernetzung für den anhaltenden Unabhängigkeitskampf in Algerien.

Darüber hinaus veranschaulichen die Uneinigkeiten und Spannungen, die auf beiden Konferenzen auftraten, auf welche Hindernisse und

Beschränkungen die jeweiligen AkteurInnen stießen, die sich nicht zuletzt aus konfligierenden geopolitischen Positionierungen, unterschiedlichen Haltungen gegenüber den Kolonialmächten sowie innerafrikanischen Konkurrenzkämpfen und Animositäten ergaben. Um aber den gängigen Pessimismus über das sogenannte Scheitern der „Dritte Welt“-Bewegung zu verabschieden (McCann 2019), folgt dieser Beitrag Frederick Coopers (2008: 195) Einschätzung, dass die Wahrnehmung von Ambiguität und Ambivalenz ein fruchtbarer Ansatz ist, auch Möglichkeiten alternativer politischer Ziele und Strategien auszumachen. Denn die Berücksichtigung der Konflikt- und Bruchlinien auf beiden Konferenzen 1958 lässt multiple, sowohl einander widersprechende als auch überschneidende politische Möglichkeiten erkennen, die sich aufgrund der globalen Verhältnisse Ende der 1950er Jahre eröffneten (vgl. Cooper 2008: 196). Da das nationalstaatsbasierte Ergebnis der Dekolonisierungsprozesse bis dahin weder selbstverständlich noch unausweichlich war, bildeten sich verschiedene Auffassungen von Autonomie, transnationaler Interdependenz und regionalen Föderationen als potentielle Alternativen zur Schaffung von Nationalstaaten heraus. Diskutiert wurden sie seitens der Kolonialmächte, der jungen postkolonialen Staaten sowie der antikolonialen Gruppierungen (Byrne 2016: 10; Aydin 2013: 673; Cooper 2002: 49).

Auch auf den afrikanischen Konferenzen in Accra wurden mannigfaltige alternative politische Experimente und postkoloniale Visionen debattiert. Sie richteten sich häufig gegen die existierenden Machtdynamiken des Kalten Krieges und dominante westliche Bezugssysteme. Dabei standen die neuen Plattformen der afrikanischen Kooperation den vorherrschenden, westlich dominierten internationalen Räumen aber nicht diametral gegenüber. Sowohl bei der CIAS als auch bei der AAPC fand die Strategie Anwendung, gemeinsame Anliegen im Rahmen einer kritischen Aneignung westlicher Werte, Normen und Konzepte zu formulieren, um die darin liegenden Widersprüche aufzudecken und ihre Gültigkeit für sich einzufordern (vgl. Ghirmai 2019; Cooper 2012: 337-378). Somit bargen die Konferenzen als ergiebige (Aus-)Handlungsräume auch das Potenzial, Grenzen zu überwinden, neue Allianzen zu begründen und Rahmenbedingungen zu schaffen, um gemeinsame, (gesamt-)afrikanische Ziele zu verwirklichen.

Die *Conference of Independent African States* (April 1958) – zwischen Kooperation und Konkurrenz

Obwohl die *Conference of Independent African States* (CIAS) oftmals als unspektakuläres Ereignis ohne weltbewegende Entscheidungen dargestellt wurde,⁴ berichtete bereits der britische Beobachter Thomas Hodgkin (1958: 521-522) von der CIAS als historische Möglichkeit und bezeichnete allein den Umstand, dass diese stattgefunden hatte, als „itself an important fact“. Historiker Jeffrey Ahlman (2010: 70) spricht in diesem Zusammenhang von der Geburt einer neuen Ära in Afrika, in der Konferenzen wie die CIAS das Streben eines um Dekolonisierung ringenden Kontinents reflektieren, sich innerhalb einer aufkeimenden internationalen Nachkriegsgemeinschaft zu definieren. In diesem Sinne markiert die CIAS einen bedeutsamen Moment und nicht minderbedeutenden Erfolg der innerafrikanischen Politik Ende der 1950er Jahre (Grilli 2018: 88; Thompson 1969: 39).

Zwischen dem 15. und 22. April 1958 versammelten sich die Repräsentanten aller unabhängigen afrikanischen Staaten außer Südafrika⁵ in Accra: Äthiopien, Ghana, Liberia, Libyen, Marokko, der Sudan, Tunesien und Ägypten – damals Teil der Vereinigten Arabischen Republik (VAR). Die Bedeutung der Konferenz lag in der erstmaligen Zusammenkunft afrikanischer Regierungsvertreter auf afrikanischem Boden, um afrikanische Angelegenheiten zu diskutieren – oder wie es Ghanas Premierminister Kwame Nkrumah in seiner Eröffnungsrede formulierte, das erste Mal in der Geschichte, dass sich die Repräsentanten der unabhängigen afrikanischen Staaten mit dem Ziel trafen, engere Bande der Freundschaft, Brüderlichkeit, Kooperation und Solidarität zu knüpfen (CIAS 1958c: 1). Als einer der ersten Versuche, die Staaten nördlich und südlich der Sahara politisch zusammenzubringen, repräsentierte die CIAS ein kontinentales Bestreben, innerafrikanische Differenzen gemeinsam zu überwinden und eine solide Basis für langfristige Kooperation und Einigkeit der unabhängigen afrikanischen Staaten zu schaffen. Die Ziele der Konferenz umfassten die Diskussion gemeinsamer Probleme und Interessen, die Steigerung des

⁴ W. Scott Thompson (1969: 39) zitiert zum Beispiel einen Artikel aus dem *Economist* vom 26. April 1958, in dem es heißt, die Konferenz hätte international „just failed to be a big stir“.

⁵ Zwar erging auch eine Einladung an die südafrikanische Regierung, doch diese lehnte ab, weil sie ihre Entscheidung von der Teilnahme der Kolonialmächte abhängig machte – eine für diese Konferenz undenkbare Option (Dei-Anang 1975: 64).

gegenseitigen Verständnisses, die Wahrung der Unabhängigkeit und Souveränität der partizipierenden Staaten, die Unterstützung der abhängigen afrikanischen Territorien in ihren Bemühungen, Autonomie zu erlangen, sowie die Planung kulturellen Austausches und gegenseitiger Unterstützungsmodelle (CIAS 1958a). Die Herausforderungen, die mit diesen gesellschaftlichen Visionen, politischen Ambitionen und ökonomischen Aspirationen einhergingen, lassen sich aus den Abläufen der Konferenz und insbesondere aus den unterschiedlichen Blickwinkeln ihrer Teilnehmer erkennen.

In den ersten zwei Jahren nach Erlangung der Unabhängigkeit 1957 kann Ghanas Außenpolitik noch als vorsichtig charakterisiert werden. Nkrumah war darum bemüht, Ghana als gemäßigten Staat zu präsentieren, der außenpolitisch blockfrei, aber praktisch dem Westen zugeneigt war. So arbeitete seine Regierung intensiv daran, die Beziehungen mit den USA, dem Commonwealth und den Vereinten Nationen zu stärken, nicht zuletzt, um ausländische Investitionen in Ghana zu gewährleisten – eine Politik, die vor allem von Nkrumahs Freund und Kollegen George Padmore befürwortet wurde (Grilli 2018: 85; Thompson 1969: 19). Padmore nahm 1957 die Funktion als Nkrumahs Berater in afrikanischen Angelegenheiten an und spielte fortan als Nkrumahs „master planner“ (Biney 2011: 136) eine wesentliche Rolle in der Organisation der beiden Konferenzen, die 1958 in Accra stattfanden (Adi/Sherwood 2003: 155-157). Sein Einfluss spiegelt sich nicht nur in der anfänglich kühlen Haltung Nkrumahs gegenüber der Sowjetunion wider, sondern insbesondere in der panafrikanischen Agenda, die Ghanas Afrikapolitik von Beginn an bestimmte (vgl. Grilli 2018).⁶ So wollte Nkrumah mit der CIAS nicht nur die Zusammenarbeit der afrikanischen Regierungen fördern, sondern vor allem eine Plattform bilden, seine Ideen zur Afrikanischen Einheit zu präsentieren. Denn ohne die Partizipation der bereits unabhängigen afrikanischen Staaten wäre das Projekt zur Vereinigung Afrikas nicht verwirklichtbar. Padmores Büro hatte daher eine Schlüsselposition in der Planung und Abwicklung der CIAS inne (Hooker 1967: 135-136), weshalb sie auch als Instrument von Ghanas panafrikanischer Politik gesehen wird (Grilli 2018: 88; Adi 2018: 144).

⁶ Zu Nkrumahs und Padmores politischen Biographien, die Aufschluss über den großen Einfluss ihrer Erfahrungen in frühen panafrikanischen Initiativen auf die Organisation und Durchführung der panafrikanischen Projekte in Ghana geben, siehe außerdem Sonderegger (2016); James (2014).

Darüber hinaus gibt die Planung und Organisation der CIAS auch Aufschluss über Nkrumahs behutsame Außenpolitik zwischen 1957 und 1958. Die Einbindung im Commonwealth war ein zentraler Brückenschlag für Ghanas außenpolitische Ziele.⁷ Nkrumah nutzte die Plattform einerseits, um die westlichen Staaten und insbesondere Großbritannien von Ghanas Wohlwollen zu überzeugen. So unterstütze das Commonwealth sogleich Ghanas Eintritt in die Vereinten Nationen. Andererseits diente sie auch als Forum, sich mit anderen afrikanischen Regierungen auszutauschen (Grilli 2018: 86-87). Tatsächlich konnte Nkrumah bei der Commonwealth-Konferenz von 1957 arrangieren, dass die Botschafter der bereits unabhängigen Staaten Afrikas in London die ersten Grundzüge, wie sich die CIAS gestalten könne, konzipierten (Thompson 1969: 32). Dies war ein wichtiger Schachzug in der vorsichtigen diplomatischen Annäherung an die afrikanischen Staaten, denn die CIAS sollte auf keinen Fall als eine ghanaische Angelegenheit gedeutet werden, vielmehr als eine gemeinsame Bemühung zur innerafrikanischen Vernetzung (CIAS 1958b: 677). Verkompliziert wurde dies dadurch, dass u.a. ägyptische Vertreter an den ersten Besprechungen nicht teilnehmen konnten, nachdem es aufgrund der Suez-Krise zum Bruch mit Großbritannien gekommen war. Und bei den Vorbereitungstreffen war es vor allem Liberias Botschafter Clarence Lorenzo Simpson, der deutlich zu verstehen gab, dass Ghanas Rolle im Rahmen der Konferenz genau beobachtet werden würde (Thompson 1969: 32). Padmore und Ghanas späterer Außenminister Ebenezer Ako Adjei bereisten Anfang des Jahres 1958 alle teilnehmenden Staaten, um allen Beteiligten zu versichern, dass Ghana keine Führungsrolle in Afrika anstrebte (Thompson 1969: 33).

In der Zwischenzeit verfassten A. L. Adu und A. B. B. Kofi, beide Mitglieder des ghanaischen „Foreign Service“, einen ersten Entwurf zu den Zielen der Konferenz (Thompson 1969: 32-33). Dieser plädierte für eine koordinierte Außenpolitik und forderte, die internationale Situation im Licht von Afrikas eigenen Interessen zu sehen. Er regte außerdem dazu an, Vorschläge einzubringen, wie die Entkolonisierung bzw. Befreiung in anderen Teilen

⁷ Nkrumahs CPP-Regierung versuchte bereits vor Erlangung der Unabhängigkeit den Commonwealth-Eintritt zu sichern, indem sie 1953 im Rahmen konstitutioneller Reformen beantragte, die Kontrolle der Kolonie Goldküste unter das „Secretary of State for Commonwealth Relations“ fallen zu lassen. Das Ansuchen wurde allerdings abgelehnt (Grilli 2018: 86).

Afrikas beschleunigt werden könne. Abschließend wurde der Hoffnung Ausdruck verliehen, dass die Konferenz in die Etablierung einer permanenten Maschinerie für Kooperation und Konsultation der unabhängigen Staaten münde (CIAS 1958b: 749-755). Während das Memorandum grundsätzlich auf Zuspruch stieß und die Vorbereitungstreffen ohne größere Reibereien verliefen, wurden indes besonders Ghanas Differenzen mit der Vereinigten Arabischen Republik (VAR) immer offensichtlicher. Nach Matteo Grilli (2018: 95) waren es vor allem folgende Gründe, die Ghanas ambivalente Haltung gegenüber der VAR zwischen 1957 und 1958 bestimmten: Erstens stand Kairo in enger Beziehung zu Moskau und Nkrumah fürchtete, die Sowjetunion würde eine prominente Rolle in den afrikanischen Dekolonisierungsprozessen einnehmen; zweitens missfiel Nkrumah, dass ihr Präsident Gamal Abdel Nasser zugleich eine panarabische und eine panafrikanische Politik verfolgte; und drittens war die VAR ökonomisch wesentlich stärker als Ghana und hätte Accra insbesondere mit Moskaus Rückendeckung politisch überwältigen können. Belastet wurde die Beziehung zu Kairo auch durch Ghanas enge Zusammenarbeit mit Israel. Nkrumahs Regierung stand daher in diesen Jahren vor der schwierigen Frage, wie mit der VAR umzugehen sei, als Konkurrenten oder als Verbündeten – eine Entscheidung, die Accras Beziehungen entweder zum Osten oder zum Westen gefährden hätte können (vgl. Burton in diesem Heft). Diese Spannungen spiegelten sich auch in den Uneinigkeiten im Zusammenhang mit der CIAS wider, die neben der Palästina-Frage vor allem die Repräsentation Algeriens bei der Konferenz betrafen.

Auf der Suche nach neuen Allianzen: Diplomatische Annäherungen

Kairo etablierte sich Mitte der 1950er Jahre nicht nur als ein Zentrum der Afro-Asiatischen Solidaritätsbewegung – vor allem durch die Gründung der *Afro-Asian People's Solidarity Organization* (AAPSO) 1957 – (Abou-El-Fadl 2019), sondern wurde auch zu einem Drehkreuz der afrikanischen Dekolonisierung (Burton 2019; Ghirmai 2019). Über die AAPSO, die unter anderem von der Sowjetunion finanziert wurde, unterstützte Nasser zahlreiche Befreiungsbewegungen auf dem afrikanischen Kontinent. So wurde etwa die algerische *Front de Libération Nationale* (FLN) 1954 in Kairo gegründet, nachdem ihre zentralen Initiatoren Hocine Aït Ahmed, Mohamed Khider und Ahmed Ben Bella 1952 aus Algerien geflohen waren.

Die externe Delegation der FLN hatte ihren Sitz in Ägyptens Hauptstadt und in Nasser einen gewichtigen Unterstützer, denn Nasser war zunehmend daran interessiert, panarabische und panafrikanische Ziele zu verknüpfen – wobei er Ägyptens zentrale Bedeutung als Bindeglied betonte (Nasser 1955 [1954]). Für die Internationalisierung der algerischen Befreiungsbewegung war dies von großer Wichtigkeit. Die Proklamation der FLN zu Beginn der Revolution am 1. November 1954 erreichte über das ägyptische Radio weite Teile der arabischen Welt. Dadurch ließ sich die Brücke zum entscheidenden diplomatischen Schlachtfeld schlagen – zu den Vereinten Nationen. Das Engagement von Nasser und König Saud, aber auch erste Verhandlungen der UN-Generalversammlung in New York erhöhten den internationalen Druck auf Frankreich und die Algerische Revolution entfaltete sich rasch zu einer „diplomatischen Revolution“ (Connelly 2002). Neben dem revolutionären Guerilla-Kampf innerhalb Algeriens waren es vor allem die diplomatischen Aktivitäten, die den algerischen Befreiungskampf bestimmten und als *raison d'être* der FLN bezeichnet wurden (Byrne 2016: 17).

Handlungsspielräume für die algerische Befreiungsfront eröffneten sich nicht zuletzt auch durch internationale Spannungen im Kontext der sich zuspitzenden Systemkonkurrenz (von Bülow 2019; Byrne 2015; Connelly 2002). So konzentrierte sich die FLN in den ersten Jahren der Revolution vor allem darauf, die amerikanische Öffentlichkeit von ihren Bestrebungen zu überzeugen. Nicht, weil eine Allianz mit den USA im Bereich des Möglichen erschien, sondern vielmehr um die Spannungen der Französisch-Amerikanischen Beziehungen, die der Algerienkrieg erzeugte, auszunutzen – nicht selten durch die Instrumentalisierung der Sowjet-Rivalität (Connelly 2001: 223).

Auch die Vereinten Nationen stellten ein bitter umkämpftes Terrain dar. In diesem Forum zeichneten sich ab Mitte der 1950er Jahre durch die fortschreitende Auflösung der Kolonialreiche neue potenzielle Verbündete ab. Die außenpolitischen Delegationen der FLN versuchten daher bei jeder Möglichkeit, UnterstützerInnen für ihren Befreiungskampf zu gewinnen. Gemeinsam mit marokkanischen und tunesischen Repräsentanten durfte die FLN als Teil der Nordafrikanischen Delegation sogar an der Afro-Asiatischen Konferenz von Bandung 1955 teilnehmen.⁸ Dies war ein

⁸ Die Nordafrikanische Delegation durfte auf Drängen von Nasser und Sukarno, Indonesiens Präsident und Veranstalter der Konferenz, unter Beobachterstatus

bedeutender diplomatischer Coup, der außerhalb, aber auch innerhalb Algeriens zur Legitimitätssteigerung der FLN beitrug (Byrne 2016: 36-41). Der FLN war ebenfalls daran gelegen, ihr Netzwerk auf dem afrikanischen Kontinent auszudehnen, und so war es für sie von zentraler Bedeutung, die Unterstützung der unabhängigen afrikanischen Staaten einzuholen (Mortimer 1970: 365). Die CIAS bot dafür eine geeignete Möglichkeit.

Seit den Zusammenkünften der afrikanischen Botschafter in London hatten Ghanas Repräsentanten darauf bestanden, dass keine Delegationen der noch abhängigen afrikanischen Territorien zur CIAS eingeladen werden sollten – auch nicht unter Beobachterstatus. Man wollte nicht von der *All-African People's Conference* (AAPC) ablenken, die nach der CIAS geplant war und die sich explizit an nichtstaatliche AkteurInnen des kolonisierten Afrikas richtete (Thompson 1969: 35). Nkrumahs Ziel war es, auf der CIAS eine kontinentale Agenda unter den unabhängigen afrikanischen Staaten zu schaffen. Polarisierende Themen wie den Algerischen Krieg wollte er schlichtweg vermeiden (Byrne 2016: 69). Wäre eine algerische Delegation eingeladen gewesen, hätte sich zudem das Zentrum der Aufmerksamkeit zu sehr auf Nordafrika verlagert. Eine Sorge, die sich auch in der Diskussion um die offizielle Sprache der Konferenz widerspiegelt: Ghanas OrganisatorInnen waren nicht bereit, dem Wunsch der nordafrikanischen Staaten nachzukommen und Arabisch als Konferenzsprache anzuerkennen (CIAS 1958b: 204-213, 720). Schließlich war es ein zentraler Bestandteil der ghanaischen Politik, das arabische Nordafrika in eine gesamtafrikanische Agenda einzubinden (Thompson 1969: 34). Umso schwieriger musste es für Ghanas Diplomaten gewesen sein, als eine dreiköpfige algerische Delegation, angeführt von Mhamed Yazid gemeinsam mit Repräsentanten der *Union des Populations du Cameroun* (UPC), uneingeladen am Eröffnungstag der Konferenz erschien und die Konferenzteilnehmer ersuchte, vorsprechen zu dürfen (Ahlman 2010: 70). Für das Organisationsteam der Konferenz war dieses unerwartete Eintreffen aus verschiedenen Gründen problematisch: Den Forderungen der FLN sowie der UPC nachzukommen, hätte einerseits bedeutet, die beiden Parteien als

partizipieren, obwohl sich vor allem Indiens Ministerpräsident Jawaharlal Nehru dagegen aussprach, nationale Unabhängigkeitsbewegungen einzuladen. Er erklärte Ait Ahmed, dass die Konferenz ohnehin durch mögliche Komplotte gefährdet sei und dass kontroverse Themen, zu denen der Algerische Krieg jedenfalls zählte, vermieden werden sollten (Byrne 2016: 41).

offizielle Vertreter der jeweiligen Bevölkerungen anzuerkennen. Doch sowohl die FLN als auch die UPC hatten politische Rivalen in der Heimat (Ahlman 2010: 70). Andererseits hätte ihnen dies auch eine privilegierte Stellung gegenüber anderen afrikanischen Befreiungsbewegungen zugestanden, die trotz herannahender Unabhängigkeitsdaten nicht eingeladen waren. Dieses Einladungsprinzip wurde insbesondere in Nigeria, Ghanas größtem regionalen Konkurrenten, als ärgerliches Versäumnis bewertet (Hodgkin 1958: 521). Außerdem sollte nach außen nicht der Eindruck erweckt werden, die Methoden des antikolonialen Widerstandes, die von der FLN und der UPC praktiziert wurden, zu befürworten (Ahlman 2010: 70). Ein Thema, das als „Frage der Gewalt“ auf staatlichen wie nichtstaatlichen Konferenzen in den folgenden Jahren für polarisierende Grabenkämpfe sorgte.

Bei der CIAS war es vor allem Mahmoud Fawzi, Außenminister der VAR, der darauf bestand, die Algerier zu Wort kommen zu lassen. Er merkte entrüstet an, dass die algerischen Repräsentanten sogar in Bandung (wo sie allerdings gar keine eigene Delegation gestellt hatten) einen höheren Status genossen hätten als hier in Ghana: „[...] and now in Accra, right in the heart of Africa [...] we bow before one difficulty or the other and go backward instead of going forward.“ (CIAS 1958b: 223) Die Überzahl der nordafrikanischen Teilnehmer ermöglichte es den Algeriern schlussendlich, um Unterstützung ihres Befreiungskampfes anzusuchen. Die Algerienfrage füllte einige Konferenztage, wobei sich die belebten Debatten vor allem um die Frage drehten, in welcher Weise man die algerische Befreiungsbewegung unterstützen sollte (Dei-Anang 1975: 67). Besonders Ghanas Repräsentanten, darunter Kwame Nkrumah, wehrten sich vehement gegen die Inklusion einer Phrase in die Resolutionen, mit der man den AlgerierInnen „moral and material aid“ zusprechen würde, und plädierten stattdessen für die konservativere Formulierung „to make every possible effort to help the Algerian people“, nachdem der Vorschlag, Hilfe „by peaceful means“ anzubieten, auf noch weniger Zuspruch stieß (CIAS 1958b: 560-566). Nkrumahs Beharren in diesen Diskussionen verdeutlicht seine außenpolitischen Bemühungen, Ghana als Modell für einen friedlichen und geregelten Machttransfer von kolonialer zu postkolonialer Herrschaft zu präsentieren – inner- und außerhalb Afrikas. Es ist anzunehmen, dass weder Ghanas Beziehungen zum ohnehin skeptischen Westen noch Nkrumahs größere panafrikanische Pläne durch

polarisierende Debatten über den Einsatz von Gewalt im Algerischen Krieg gefährdet werden sollten (vgl. Byrne 2016: 69). Noch dazu, wenn die Unterstützung der algerischen FLN als eine vermeintliche Annäherung an die radikale, sowjetisch gestützte VAR interpretiert werden könnte (vgl. Grilli 2018: 99-100).

Mit seinem Engagement für gewaltfreien Widerstand folgte Nkrumah bewusst der Manchester-Tradition, verdeutlicht durch seine „Positive Action“-Position⁹ und geprägt von seinen eigenen Erfahrungen mit der britischen Kolonialherrschaft und dem primär konstitutionellen Weg in die Unabhängigkeit (Ahlman 2010: 81; Nkrumah 1981 [1973]: 5-8; Nkrumah 1957). Auf der CIAS argumentierte Nkrumah, dass durch die Wiederbelebung der „Afrikanischen Persönlichkeit“ ein Prozess der sozialen und kulturellen Erneuerung eingeleitet werden würde, der die verschiedenen Gesellschaften des afrikanischen Kontinentes durch eine revolutionäre Identität verbünde. Diese drücke sich in der politischen und moralischen Kraft des gewaltfreien Widerstandes aus (CIAS 1958d: 25). Konfrontiert mit der algerischen Situation schien Nkrumahs Vision einer transkontinentalen gewaltfreien Revolution bedrängt (Ahlman 2010: 70). Denn in Algerien machte man in diesen Jahren völlig andere kolonialherrschaftliche Erfahrungen. Als einer der blutigsten antikolonialen Kämpfe der Welt wurde der Algerienkrieg bereits über mehrere Jahre ausgetragen und ein Ende des Konfliktes war in absehbarer Zukunft nicht auszumachen. Die FLN-Spitze, die in Frantz Fanon ab Mitte der 1950er Jahre ihren bedeutendsten Theoretiker gefunden hatte, förderte zudem eine Befreiungsphilosophie, worin der emanzipatorische Gehalt antikolonialer Gewalt im afrikanischen Kampf für Selbstbestimmung hervorgehoben wurde. Denn wie Fanon später argumentieren würde, seien Dekolonisierungsprozesse immer gewaltvolle Phänomene (Fanon 2002 [1961]: 39).

Schlussendlich einigte man sich auf eine Resolution, die nicht nur das Recht der algerischen Bevölkerung auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung anerkannte und Frankreich drängte, dies ebenfalls zu tun, sondern auch den

⁹ Im Jahr 1949 verschriftlichte Kwame Nkrumah, wie „Positive Action“ zu verstehen sei: „By Positive Action we mean the adoption of all legitimate and constitutional means by which we can cripple the forces of imperialism [...]: Newspaper and educational campaigns and [...] the constitutional application of strikes, boycotts, and non-cooperation based on the principle of absolute non-violence.“ (Nkrumah 1981 [1973]: 7)

Entschluss bestätigte, die algerischen Unabhängigkeitsbestrebungen mit „every possible effort“ zu unterstützen sowie sich international, insbesondere über das Forum der Vereinten Nationen, für sie einzusetzen (CIAS 1958e). Für Yazids kleine Delegation war dies ein bedeutender Erfolg, schließlich war es eine zentrale Strategie der FLN, sich innerhalb der Vereinten Nationen Gehör zu verschaffen. Dies schien Anfang 1958 besonders dringlich, denn die militärischen Offensiven Frankreichs, die sich seit 1957 mehrten, bedrohten die Machtbasis der FLN in Algerien und hatten sie bereits veranlasst, ihre Organe nach Tunis zu verlegen. Nach den empfindlichen Rückschlägen während der „Schlacht um Algier“ zwischen Jänner und Oktober 1957 war die außenpolitische Delegation der FLN mehr denn je auf den Erfolg von öffentlichkeitswirksamen und diplomatischen Kampagnen angewiesen. Unterstützt wurde sie dabei von Tunesiens Präsidenten Habib Bourguiba, der nach einem französischen Luftangriff auf ein tunesisches Grenzdorf im Februar 1958 bedeutend dazu beitrug, internationale Kritik an Frankreich zu üben und die Forderungen nach einer Einigung im Algerienkrieg zu intensivieren. Der darauffolgende diplomatische Druck seitens Großbritanniens und den USA führte mit dem Rücktritt des französischen Premierministers Félix Gaillard am 15. April 1958 zu einer schweren Regierungskrise in Frankreich (Connelly 2001: 229-231). Es schien daher für die FLN ein günstiger Zeitpunkt, sich um weitere Allianzen auf dem afrikanischen Kontinent zu bemühen und ihre Position innerhalb der Vereinten Nationen zu stärken.

Afrikanische Zusammenarbeit: Institutionalisierungsversuche

Die Vereinten Nationen spielten auch für Nkrumahs Pläne eine bedeutende Rolle. Nkrumah nutzte die internationale Plattform, um seine panafrikanischen Ideen weltweit zu verbreiten und Ghanas Einfluss auf dem afrikanischen Kontinent zu festigen. Zentrales Ziel der ghanaischen Regierung war es, innerhalb der Vereinten Nationen eine „African Group“ zu etablieren, die gemeinsam zu wichtigen Fragen, die den Kontinent betrafen, abstimmen sollte. Das Entstehen einer solchen Gruppe sollte auch durch die CIAS vorangetrieben werden. Nkrumah präsentierte die UNO als Hüter der Rechte der afrikanischen Nationen, während er über ihre Foren den Kolonialismus anprangerte und für ein vereinigtes Afrika warb (Grilli 2018: 87). Dieses UN-Bild vermittelte Nkrumah auch auf der CIAS, als er in einer Diskussion über die Befreiung Afrikas hervorhob, wie sehr er sich auf

die Vereinten Nationen verlassen würde: „We may not have arms, but there is something like moral force in the Universe and if that moral force stands behind you, you have all the battalions behind you, and that is the way we are going to face this issue.“ (CIAS 1958b: 309-310) Weniger überzeugt und aufgrund eigener Erfahrungen skeptisch, entgegnete Fawzi, dass die Vereinten Nationen vielmehr von einer Hilflosigkeit gekennzeichnet seien, insbesondere wenn man mächtigeren und einflussreicheren Kräften gegenüberstehe: „we must not just shout from roof tops telling everybody else... ‘hands off our independence’. We must make this independence so active and robust that nobody can encroach upon it.“ (CIAS 1958b: 378) Diese Sichtweise sollte sich schon sehr bald auch innerhalb der algerischen FLN-Spitze durchsetzen, mehr und mehr frustriert von der relativen Machtlosigkeit und Handlungsunfähigkeit der Vereinten Nationen.

Zu weiteren Spannungen auf der Konferenz kam es bei den Diskussionen rund um die Errichtung eines Fonds zur Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen und um die nachfolgende Institutionalisierung der CIAS. Bei den Debatten um die Befreiungsbewegungen südlich der Sahara schien sich die Dynamik umgekehrt zu haben, denn nun waren es die Ghanaer, die genauso leidenschaftlich argumentierten wie die nordafrikanischen Delegationen in Bezug auf die algerische Situation. Fawzi kritisierte den Vorschlag, einen gemeinsamen Fonds anzulegen, mit der Begründung, dass die Beobachtungen untereinander, wer wieviel beiträgt, eher zu negativen als zu positiven Ergebnissen führen würden (CIAS 1958b: 374). Hierzu sei erwähnt, dass die *Afro-Asian People's Solidarity Organization* (AAPSO) in Kairo bereits einen solchen Fonds eingerichtet hatte – ein zweiter würde mit diesem somit in direkter Konkurrenz stehen (Thompson 1969: 37; Grilli 2018: 96).

Auch der ghanaische Vorschlag, ein permanentes Sekretariat einzurichten, um Themen von gemeinsamem Interesse regelmäßig zu besprechen und zu koordinieren, und um bei guter Effizienz sogar zu einer supranationalen Organisation werden zu können, wurde speziell von der Delegation der VAR, aber auch jener Liberias als zu ambitioniert problematisiert. Mahmoud Fawzi und Liberias Präsident William Tubman waren sich einig, dass ein permanentes Sekretariat eine zu große Angriffsfläche für Kritik und Intrigen sowohl von innen als auch von außen bieten würde. Außerdem müsste man zu sehr auf diese Körperschaft vertrauen, die sich zur Förderung der afrikanischen Unabhängigkeit verselbstständigen oder

von einzelnen Befreiungsbewegungen instrumentalisiert werden könnte (CIAS 1958b: 375-376; 507-508). Der Widerstand, der von Fawzi und Tubman ausging, verdeutlicht das stetige Wechselspiel zwischen innerafrikanischer Kooperation und Konkurrenz. Während mit AAPSO bereits eine administrative Maschinerie etabliert worden war, in der Kairo eine zentrale Rolle spielte, hätte für Liberias Präsidenten vermutlich jede permanente Organisation mit Sitz in Accra eine zu große Vormachtstellung Ghanas bedeutet. Die sudanesischen, äthiopischen und tunesischen Repräsentanten hingegen waren mit der Konferenz zwar zufrieden, ein sudanesischer Delegierter beteuerte aber, dass eine weitere nicht unbedingt notwendig wäre (CIAS 1958b: 514). Man einigte sich schließlich, einen Antrag für die Errichtung eines Sekretariats innerhalb der Vereinten Nationen zu stellen und eine zweite Konferenz 1960 in Addis Abeba auszurichten (CIAS 1958e).

Um den Ergebnissen der Konferenz Nachdruck zu verleihen, bereisten Nkrumah, Padmore und Kofi fünf Wochen später alle sieben partizipierenden Staaten. Ghanas Botschafter waren bisher nur in Liberia und der VAR vertreten, daher war man umso mehr darum bemüht, engere Kontakte unter den afrikanischen Staaten zu knüpfen und den diplomatischen Austausch zu fördern. Da außer Nkrumah mit William Tubman nur ein einziges weiteres Staatsoberhaupt an der CIAS teilgenommen hatte, boten diese Reisen auch die Möglichkeit für Gespräche mit den anderen afrikanischen Regenten. Wichtigstes Ziel war es, die „African Group“ in den Vereinten Nationen zu gründen – ein Mittel der Kooperation, das primär auf Konsens beruhte und sich bereits in den folgenden UN-Sitzungen als effektiv herausstellen sollte, da die Gruppenmitglieder in afrikanischen Angelegenheiten nicht gegeneinander stimmten. Die Besuche in Liberia, Marokko und Äthiopien verdeutlichten allerdings auch die Grenzen von Nkrumahs panafrikanischen Plänen, da sich die Regierungen dieser Länder vorsichtig zeigten und erneut das Prinzip der Nichteinmischung in interne Angelegenheiten eines jeden Staates bekräftigten (Thompson 1969: 39-41).

Die *Conference of Independent African States* (CIAS) markierte einen erstmaligen Versuch, die unabhängigen afrikanischen Staaten einander näher zu bringen und einen Aushandlungsraum zu eröffnen, in dem über die zukünftigen Beziehungen der afrikanischen Staaten und die Gestaltung der innerafrikanischen Kooperation diskutiert wurde. Die teilnehmenden

Delegierten verurteilten Kolonialismus, Rassismus sowie die Interventionen der Großmächte und erklärten ihre Unterstützung für nukleare Abrüstung. Allen voran schuf die Konferenz einen Rahmen, in dem gemeinsame Sichtweisen auf unterschiedliche Themen weitere Formen der Kooperation stimulieren konnten. Die Debatten der Konferenz verdeutlichen aber nicht nur das Potenzial und die Möglichkeiten, die sich aus dem Bestreben nach einer koordinierten Zusammenarbeit ergeben konnten, sondern auch die Hürden und Grenzen, die sich entlang der Konfliktlinien abzeichneten. Die Anwesenheit der algerischen FLN provozierte zeitintensive Debatten über konkurrierende Vorstellungen, wie sich antikoloniale Befreiung gestalten, und wie man sich gegenüber bewaffneten Befreiungskämpfen in Afrika positionieren sollte. Die dadurch ersichtlichen Diskrepanzen zwischen den Konferenzteilnehmern im Allgemeinen und zwischen den ghanaischen und algerischen Vertretern im Speziellen beruhten nicht zuletzt auf unterschiedlichen kolonialen Erfahrungen und divergierenden Erwartungen an die Konferenz. Differierende politische Interessen zwischen den Konferenzteilnehmern zeigten sich nicht nur bezüglich der Algerienfrage, dort jedoch besonders ausgeprägt. An den Uneinigkeiten bezüglich der Institutionalisierung der CIAS lassen sich auch regionale Rivalitäten zwischen Ghana und der Vereinigten Arabischen Republik (VAR) sowie Liberia erkennen. Das Wechselspiel zwischen innerafrikanischer Kooperation und Konkurrenz stand zudem vor dem Hintergrund divergierender geopolitischer Haltungen gegenüber den Super- und Kolonialmächten. Auch in dieser Beziehung brachte die algerische Präsenz, bestärkt von der sowjetisch gestützten VAR, Herausforderungen für die ghanaische Position mit sich.

Diese Ambivalenzen traten auch acht Monate später bei der *All-African People's Conference* (AAPC) deutlich zu Tage, in der nicht mehr die vorsichtige diplomatische Annäherung der unabhängigen afrikanischen Regierungsvertreter im Vordergrund stand, sondern moderate und radikale VertreterInnen der afrikanischen Befreiungsbewegungen, Parteien, Organisationen und Gewerkschaften als gleichberechtigte Delegationen die politische Bühne in Accra betraten.

Die *All-African People's Conference* (Dezember 1958) – divergierende Visionen

Als einzigartiges Moment (Ahlman 2010: 76), größten Triumph (Thompson 1969: 58), wichtigste panafrikanische Zusammenkunft seit dem Manchester Kongress (Grilli 2018: 103), als Bestätigung von Accra als politisches Zentrum für kontinentale Einheit (Ahlman 2010: 76) und Versammlungsort für antikoloniale Kräfte (Adi 2018: 146) ging die *All-African People's Conference* (AAPC) in die Geschichtsbücher ein. Im Gegensatz zu der staatszentrierten Logik hinter der CIAS erklärten Kwame Nkrumah und George Padmore die AAPC für eine außerstaatliche bzw. nichtstaatliche Angelegenheit, organisiert von Nkrumahs *Convention People's Party* (CPP). Eingeladen wurden 167 Mitglieder von 62 Parteien, Bewegungen und Gewerkschaften, weitere 60 Delegierte aus freundlich gesinnten Ländern und Organisationen sowie 80 BeobachterInnen aus der ganzen Welt. Als die Konferenz von 8. bis 13. Dezember 1958 stattfand, trafen etwa 200 Delegierte in Accra ein (Grilli 2018: 104).

Die AAPC sollte einerseits dazu dienen, die afrikanischen NationalistInnen in ihren Bemühungen zu bestärken, politische Unabhängigkeitsbewegungen zu organisieren, und andererseits, Strategien für eine gewaltfreie Revolution in Afrika auszuarbeiten. Die Diskussionen über Vorgehensweisen zur Erlangung der Unabhängigkeiten und über Vorstellungen, wie sich das postkoloniale Afrika gestalten könnte, sollten von AfrikanerInnen getragen und somit Einmischungsversuche in innerafrikanische Angelegenheiten vermieden werden. Dieser Anspruch richtete sich primär gegen die Einflussnahmen der europäischen Kolonialmächte und der beiden Blöcke des Kalten Krieges (AAPC 1958a; Ghirmai 2019: 129).

Bereits im Oktober 1955 kündigte das *All-African Conference*-Büro eine panafrikanische Konferenz in Accra an, forderte die antikolonialen Bewegungen zur Zusammenarbeit auf und bat um ausführliche Informationen über die Aktivitäten und politischen Umstände in den jeweiligen Kolonien, um gemeinsam auf der angedachten Konferenz daran zu arbeiten, die koloniale Herrschaft zu überwinden. Aufgrund eines Kompromisses, den Kwame Nkrumah mit dem Gouverneur der Goldküste, Sir Charles Arden-Clarke, geschlossen hatte, sollte diese Konferenz allerdings erst nach der Unabhängigkeit stattfinden (Ghirmai 2019: 121-123). Ab Ende 1957 war es vor allem George Padmore, der sein ohnehin schon

weites Netzwerk politischer Kontakte gezielt ausdehnte und mit den Vorbereitungen der AAPC begann. Die Jubiläumsfeier zur einjährigen Unabhängigkeit Ghanas im März 1958 wurde sogleich dafür genutzt, die geplante Konferenz sowie die Inhalte von Ghanas panafrikanischer Politik den VertreterInnen afrikanischer Unabhängigkeitsbewegungen vorzustellen. Unter den geladenen Gästen fanden sich namhafte Persönlichkeiten wie Tom Mboya und Joseph Murumbi aus Kenia, Julius Nyerere aus Tanganjika (Tanzania), Sourou-Migan Apithy aus Dahomey (Benin) und Nnamdi Azikiwe aus Nigeria. Sie stellten den Kern der Delegationsliste für die Konferenz dar (Grilli 2018: 100-101). Auch die acht unabhängigen afrikanischen Staaten sprachen sich bei der CIAS für die Unterstützung der AAPC aus. Doch in den Monaten zwischen den beiden Konferenzen veränderten Ereignisse, die im Zusammenhang mit dem Algerienkrieg standen, die Umstände, unter denen die AAPC stattfand, grundlegend.

Gemeinschaft, Union, Föderation: Konkurrierende Ordnungskonzepte

Die Rückkehr von Charles de Gaulle an die Staatsspitze im Juni 1958, die mit der Erarbeitung einer neuen Verfassung für Frankreich einherging, leitete eine Veränderung der französischen Kolonialpolitik ein. Im Rahmen der geplanten „Communauté française“ sollten die französischen Kolonien – Algerien galt nicht als Kolonie, sondern als integraler Teil Frankreichs – an Frankreich gebunden bleiben und weiterhin ökonomische Unterstützung erhalten, während Paris die Entscheidungsgewalt in Sachen Verteidigung, Außenpolitik und Finanzen behielt. Die Kolonien konnten wählen, ob sie im Referendum im September 1958 für die neue Verfassung abstimmen und somit eine limitierte Autonomie annehmen oder ihre sofortige Unabhängigkeit wählen wollten. Die Etablierung der „Communauté française“ bedeutete für Frankreich mehr als nur einen günstigen Nebeneffekt im Algerienkrieg. Sie würde nicht nur dazu beitragen, die diplomatischen Möglichkeiten der FLN in Afrika einzuschränken, sondern auch die Nützlichkeit der Interdependenz demonstrieren, die de Gaulle Algerien Ende 1959 vorschlug. Im Gespräch mit einem malischen Politiker meinte de Gaulle sogar, dass er die „Communauté française“ für Algerien errichtet hätte (Byrne 2016: 79).

Für die algerische Befreiungsfront bedeutete die Rückkehr von de Gaulle nicht nur militärische Einbußen an den Grenzen und im Inneren Algeriens,

sondern vor allem diplomatische Rückschläge. So verschlechterten sich die Beziehungen zu ihren geographisch am nächsten stehenden Verbündeten Marokko und Tunesien. Obwohl grundsätzlich mit der FLN sympathisierend, beunruhigten die Aktivitäten der Befreiungsfront in Marokko König Mohammed V. und in Tunesien Präsident Habib Bourguiba, da sie französische Vergeltungsakte fürchteten, die das Risiko bargen, ihre eigene fragile Politik zu destabilisieren. Im Sommer 1958 drängten beide darauf, dass die FLN mit de Gaulle verhandeln und sich auch mit weniger als absoluter Unabhängigkeit zufriedengeben sollte (Connelly 2001: 231; Byrne 2016: 71). Dies bestärkte die FLN in ihren Bemühungen, weitere Allianzen und neue UnterstützerInnen in Afrika, aber auch darüber hinaus zu gewinnen. Die FLN gab ihre bisherige Position der Neutralität in internationalen Angelegenheiten auf und öffnete sich gegenüber der Sowjetunion und China. Sie richtete sich radikaler aus. Byrne (2016: 54) bezeichnet die RevolutionärInnen der algerischen Befreiungsfront in diesem Zusammenhang als „Cold Warriors“. Omar Ouamrane, der als Oberst der *Armée de Libération Nationale* (ALN) im militärischen Flügel der FLN für Ausrüstung und Logistik zuständig und von den massiven Rückschlägen frustriert war, erklärte seinen KollegInnen: „Our whole policy consists of requesting, of demanding our independence. We demand it from the enemy. We want that our brothers, our friends, the U.N. recognize it. We ask it of everyone except ourselves, forgetting that independence proclaims itself and is not given.“ (Ouamrane 1958, zit. nach Connelly 2001: 231)

Diese Rhetorik ähnelt jener von Mahmoud Fawzi auf der *Conference of Independent African States* (CIAS) im April 1958. Die Deklaration der Unabhängigkeit und die Errichtung einer provisorischen Regierung, folgerte Aït Ahmed, könnten Verhandlungen mit Frankreich zu Gunsten der FLN herbeiführen und die algerische Bevölkerung in ihrem anhaltenden Kampf motivieren. Durch Kampagnen für politische Anerkennung könnten außerdem internationale Spannungen – innerhalb der Afro-Asiatischen Bewegung, zwischen den USA und Frankreich oder zwischen den beiden Blöcken des Kalten Krieges – zur Internationalisierung des algerischen Krieges genutzt werden. Am 19. September 1958, nur wenige Tage vor dem französischen Referendum, gab Ferhat Abbas, der bis dato die Öffentlichkeitsarbeit der FLN leitete, bei einer Pressekonferenz in Kairo die Gründung der provisorischen Regierung Algeriens (GPRA) und sich als

ihren Präsidenten bekannt (Connelly 2001: 231-232). Nach Connelly (2001: 222) war dies „the boldest stroke“ im diplomatischen Krieg mit Frankreich, da die algerische Befreiungsfront, die hauptsächlich aus dem Exil agierte, zu diesem Zeitpunkt gar nicht in der Lage war, das beanspruchte Territorium physisch zu kontrollieren. Die GPRA wurde zunächst von allen arabischen Staaten außer dem Libanon, von Indonesien, China, Nordkorea und Nordvietnam anerkannt (Byrne 2016: 57).

Das Parteiblatt der FLN *El Moudjahid* warnte, dass „every African who votes in the referendum will chain his people and his country a little bit tighter to French colonialism“ (El Moudjahid, no. 29, 17 September 1958, zit. nach Byrne 2016: 80). Aber auch Charles de Gaulle stellte klar, dass die Entscheidung für die sofortige Unabhängigkeit zu einem harten Bruch mit Frankreich führen würde, also mit keiner weiteren administrativen und ökonomischen Unterstützung seitens Frankreichs zu rechnen sei. Im September 1958 entschied sich nur Guinea gegen die Französische Gemeinschaft und für die sofortige Unabhängigkeit – weniger, weil man in Guinea die Idee einer supranationalen Gemeinschaft ablehnte, sondern weil de Gaulle nicht gewillt war, Veränderungsvorschläge der afrikanischen Mitglieder für die von ihm entworfene Gemeinschaft zu berücksichtigen (Wurzer 2020: 61; Schmidt 2007).

In Ghana löste dies Diskussionen zum Thema regionaler Föderationen aus. Als sich Guineas Präsident Ahmed Sékou Touré im Herbst 1958 an Ghanas Regierung wandte und um Unterstützung ansuchte, schien dies für Nkrumah und Padmore eine geeignete Gelegenheit, das Projekt einer politischen Union vorzuschlagen. Touré bestätigte im Gegenzug für einen Kredit im Ausmaß von 10 Millionen Pfund zur Rettung der guineischen Wirtschaft seine Absicht, eine Union der beiden Staaten zu unterzeichnen. Bereits Ende November 1958 proklamierten die beiden Staatsoberhäupter die Ghana-Guinea-Union, obwohl noch keine konstitutionelle Charta aufgesetzt worden war. Vielmehr stand zu diesem Zeitpunkt die symbolische Bedeutung der Union im Vordergrund, denn die AAPC sollte nur wenige Wochen später stattfinden und die Ghana-Guinea-Union stellte eine Möglichkeit dar, anderen Befreiungsbewegungen den Weg zu einem vereinigten Afrika zu demonstrieren (Grilli 2018: 90-91). Unter den unabhängigen afrikanischen Staaten löste der ghanaische Alleingang allerdings Bestürzung aus, da im Rahmen der „African Group“ zeitgleich an

Lösungen gearbeitet wurde, Guinea mit multilateralen Mitteln auszuhelfen (Thompson 1969: 41).

Bei seiner Eröffnungsrede der AAPC pries Nkrumah indes die neue Ghana-Guinea-Union als Nukleus eines vereinigten Westafrikas an und verlieh seiner Hoffnung Ausdruck, dass daraus die „United States of Africa“ entstehen könnten (AAPC 1958a). Während das Thema der Afrikanischen Einheit bei der CIAS im April zwar diskutiert worden war, aber dazu keine konkreten Überlegungen angestellt oder gar Resolutionen verabschiedet wurden, war es Nkrumah ein umso größeres Anliegen, diesen Aspekt zu einem Grundpfeiler der AAPC zu erklären (Legum 1965: 42-43). Auch hoffte er unter den VertreterInnen der abhängigen Territorien AnhängerInnen seiner Ideen zu finden. Bereits im sogenannten „Call“, den Padmore verfasste und im Sommer vor der Konferenz ausschickte, plädierte jener für die „amalgamation or federation of territories on a regional basis“ („The Call“, AAPC 1958, zit. nach Thompson 1969: 61). Padmores Ansatz hatte sich vorerst für die Linie der Konferenz durchgesetzt: In der schrittweisen Etablierung regionaler Föderationen sah er eine zweckmäßigere und sensiblere Annäherung an das Ziel der Afrikanischen Einheit (Padmore 1972 [1956]). Auf diese Weise sollten auch konservative Länder wie Liberia, das zwar theoretisch den Ideen zu einem vereinigten Afrika tolerant gegenüberstand, aber den Verlust von Prestige und Autonomie zugunsten Ghanas fürchtete, besser überzeugt werden (Thompson 1969: 60; Grilli 2018: 92). Dennoch vergewisserte sich Nkrumah bei der Formulierung der Resolutionen der AAPC, dass darin die Vorhaben zur Etablierung regionaler Einheiten in Afrika nur als mittelfristige Politik spezifiziert wurden, mit dem langfristigen Ziel, die kolonialen Grenzen durch ein vereinigtes Afrika zu überwinden (Thompson 1969: 60-61; Grilli 2018: 92). So lautet eines der Ziele in den Statuten der Konferenz: „To develop the feeling of one community among the peoples of Africa with the object to the emergence of a United States of Africa.“ (AAPC 1958b) Die Resolutionen zielten weiters auf das Entstehen eines „Commonwealth of African States“ ab und forderten von den bereits unabhängigen Staaten Afrikas, dieses Ziel effektiv zu verfolgen, indem sie sich gruppieren, verschmelzen und in Föderationen aufgehen sollten (AAPC 1958c). Die Konferenz stand nicht zuletzt aufgrund dieser Bekräftigung des Panafrikanismus in der Manchester-Tradition und wurde im Nachhinein sogar gelegentlich als Sechster Panafrikanischer Kongress bezeichnet (Geiss

1968: 322). Doch versuchte Nkrumah die AAPC entgegen Padmores Einwänden von den früheren Konferenzen abzugrenzen, indem er die Konferenz 1958 nicht mit dem Begriff „Pan-African“, sondern „All-African“ betitelte. So sollte, meinte Padmores damaliger Assistent James Markham, eine neue Tradition markiert werden (Thompson 1969: 58), die sich nicht zuletzt dadurch auszeichnete, dass die panafrikanische Bewegung nun auf dem afrikanischen Kontinent angekommen war und von AfrikanerInnen selbst getragen wurde (Grilli 2018: 103; Ghirmai 2019: 131).

Um innerafrikanische Kooperation und das Entstehen einer afrikanischen Gemeinschaft zu fördern, wollten die KonferenzteilnehmerInnen dazu beitragen, die Mobilität und die Vernetzung auf dem Kontinent zu erleichtern. Geplant war neben der Errichtung einer gemeinsamen Verkehrsinfrastruktur durch eine Fluglinie, durch Schienen- und Straßennetze auch die Etablierung gemeinsamer Schullehrpläne und Forschungseinrichtungen. In diesen Bemühungen, territoriale und sprachliche Grenzen zu überwinden, sieht Ghirmai (2019: 131-132) die Übertragung von bisher als unveräußerlich geltenden Staatsaufgaben an eine transnationale Körperschaft. Das grenzüberschreitende Potenzial der Konferenz lag damit auch in der Formulierung postkolonialer Ordnungskonzepte, die nicht auf einen nationalen Rahmen beschränkt blieben.

Unabhängigkeit und Einheit: Umkämpfte Solidarität

Afrikanische Einheit sollte auch für die Befreiung des afrikanischen Kontinents von zentraler Bedeutung sein, wie Nkrumah bei der Konferenz betonte (AAPC 1958a). Er inszenierte Ghanas Weg in die Unabhängigkeit nicht nur als erfolgreiches Modell für andere Befreiungsbewegungen, sondern auch als einen Prozess, der mit der Erlangung der formalen Unabhängigkeit noch nicht abgeschlossen sei – eine Einstellung, die er später wie folgt beschrieb: „The nationalist phase is a necessary step in the liberation struggle, but must never be regarded as the final solution to the problem raised by the economic and political exploitation of our peoples.“ (Nkrumah 1968: 25) Kontinentale Einheit und innerafrikanische Solidarität sollten den (neo-)kolonialen und imperialistischen Bestrebungen Europas sowie den Einflussnahmen der beiden Blöcke des Kalten Krieges entgegenstehen. Die rasche Schaffung von unabhängigen Staaten im Rahmen einer gewaltfreien Revolution stellte für Nkrumah die

Voraussetzung für eine vereinigte afrikanische Gemeinschaft der freien afrikanischen Staaten dar. Erst dann könne der wirtschaftliche und soziale Wiederaufbau Afrikas beginnen (AAPC 1958a; Nkrumah 1970 [1963]; Ghirmai 2019: 129-130). Diese Vision blieb allerdings nicht unangefochten. Die liberianische *True Whig Party* hatte bereits in Reaktion auf Padmores „Call“ den Vorschlag kritisiert, dass die afrikanische gewaltfreie Revolution ideologisch von der Philosophie des panafrikanischen Sozialismus getragen werden sollte: „Each state [...] should be left free and untrammelled to work out and adopt the ideology best suited to its particular needs [...] and above all to its own wish and will.“ (Statements to AAPC 1958, zit. nach Thompson 1969: 60)

Von der algerischen FLN wurde das panafrikanische Narrativ im Rahmen der Suche nach Verbündeten und UnterstützerInnen in Afrika zunehmend aufgegriffen. Indem ihre außenpolitischen Delegationen den algerischen Krieg als nur eine Front in einem gemeinsamen Kampf gegen den Kolonialismus präsentierten, bemühten sie sich um einen Zusammenschluss der afrikanischen Kolonisierten in einer antiimperialistischen Revolte (Mortimer 1970: 365). Die Idee der Verknüpfung der afrikanischen Befreiungsbewegungen umfasst das, was Frantz Fanon später als die „Afrikanische Revolution“ bezeichnete und im wesentlichen seine Überlegungen zu innerafrikanischer Solidarität und Befreiungsnationalismus bestimmte: Die Annahme, dass sich die Nation erst im Befreiungskampf konstituiere und das verbindende Element der nationalen Unabhängigkeitsbewegungen die Erfahrungen der Kolonialherrschaft und das Ziel, sich aus jener zu befreien, sei. Auch für Fanon bedeutete die Erlangung der einzelnen Unabhängigkeiten noch nicht das Ende des Befreiungskampfes (Fanon 2002 [1961]). So richte sich der Kampf für die eigene Unabhängigkeit immer gegen den Kolonialismus im Allgemeinen und sei gar nicht auf ein nationales Territorium zu begrenzen (Ghirmai 2019: 130). Die Grundlage einer Afrikanischen Einheit würde sich daher aus der gemeinsamen Überwindung der kolonialen Abhängigkeit ergeben.

Die Logik einer revolutionären Einheit im Kampf gegen den Kolonialismus wurde zu einem zentralen Thema des algerischen Nationalismus und zu einem der wichtigsten außenpolitischen Ziele der FLN (Mortimer 1970: 365). Die intensiven Bemühungen um Vernetzung innerhalb Afrikas, die sich daraus ergaben, wurden vor allem auf der AAPC deutlich, bei der die

fünfköpfige algerische Delegation, angeführt von Aït Ahmed und Frantz Fanon, sowohl auf ähnlich gesinnte als auch auf distanzierte TeilnehmerInnen stieß. Freundliche Kontakte konnten unter anderem mit der *União das Populações do Norte de Angola* (UPNA) sowie mit Oppositionsparteien innerhalb der Staaten der „Communauté française“ wie der senegalesischen *Parti Africain de l'Indépendance* (PAI), der kamerunischen *Union des Populations du Cameroun* (UPC) und Nigers *Sawaba* geschlossen werden (Mortimer 1970: 368). Reserviert blieb das Verhältnis mit VertreterInnen aus den Gebieten, die enge Kontakte zu Frankreich pflegten (vgl. Byrne 2016: 80).

In diesem Zusammenhang geriet auch das ghanaische Organisationsteam schon vor der Konferenz zunehmend in Kritik. Frankreichs Außenministerium beschwerte sich bereits im Sommer 1958, dass Félix-Roland Moumié (Kamerun), Sékou Touré (Guinea), Sylvanus Olympio (Togo) und andere radikale antikoloniale VertreterInnen aus den französischen Kolonien eingeladen wurden, aber zum Beispiel an Félix Houphouët-Boigny (Côte d'Ivoire), der sich leidenschaftlich für die anhaltende Zusammenarbeit mit Frankreich einsetzte, keine Einladung erging. Um nicht den Eindruck zu erwecken, nur Personen einzuladen, deren politische Ansichten denen Ghanas Regierung entsprachen, unternahm Padmores Team große Anstrengungen, Houphouët-Boigny als Teilnehmenden zu gewinnen und den *Rassemblement Démocratique Africain* in die Konferenz einzubinden (Thompson 1969: 62-63).¹⁰ Houphouët-Boigny lehnte dies allerdings ab. Doch auch auf der Konferenz blieben die anhaltenden Spannungen nicht unbemerkt. So berichtete Fanon im *El Moudjahid*, dass die Mitglieder der algerischen Delegation in den verschiedenen Kommissionen sogar den Vorsitz oder den stellvertretenden Vorsitz innehatten, während sich „die wenigen Delegierten, die in Vertretung dieser Marionettenregime in Französisch-Afrika gekommen waren, [...] mehr oder weniger aus den Kommissionen ausgeschlossen [sahen].“ (El Moudjahid, Nr. 34, 24. Dezember 1958, zit. nach Fanon 1969 [1972]: 163; 167) Obgleich diese Rhetorik eher von der schwierigen

¹⁰ Philmon Ghirmai merkt in diesem Zusammenhang an, dass die VeranstalterInnen mit zahlreichen praktischen Schwierigkeiten konfrontiert waren. Neben Lücken innerhalb der Netzwerke und fehlenden Kontakten erschwerten die heterogenen und teils konkurrierenden Gruppen, die adressiert wurden, die möglichst breit gefasste Einladungspolitik (Ghirmai 2019: 125).

Beziehung der FLN zu den pro-französischen Gruppierungen zeugt, verdeutlicht der Beitrag aber, dass die Konferenz auch einen Raum für radikalere Stimmen der antikolonialen Bewegungen schuf. So nutzte auch Félix-Roland Moumié die AAPC, um seiner Bewegung Gehör zu verschaffen, und die mediale Aufmerksamkeit, um die *Union des Populations du Cameroun* (UPC) als legitime Regierung Kameruns zu präsentieren (Terretta 2010: 204). Solche Zwischenfälle, aber auch die Tatsache, dass auf der Konferenz panafrikanische Konzepte für die postkoloniale Zukunft verhandelt wurden, die der Integration in die „Communauté française“ widersprachen, sorgten bei der französischen Kolonialverwaltung für Unmut (Ghirmai 2019: 136).

Afrikanische Befreiung: Bemühungen um Einfluss

Für einen der kritischsten Diskussionspunkte der AAPC sorgte die Frage der Gewaltanwendung in den Unabhängigkeitskämpfen. Wie bereits bei der CIAS standen Ghanas und Algeriens Delegationen einander in dieser Angelegenheit augenscheinlich diametral gegenüber. Nkrumah sprach sich in seiner Eröffnungsrede für gewaltfreie „Positive Action“ aus, die er auch als Grundsatz der Konferenz proklamiert hatte und als Grundlage der kontinentalen Gemeinschaft erachtete (AAPC 1958a; vgl. Nkrumah 1981 [1973]: 5-8). Bereits am zweiten Konferenztag forderten Ahmed Boumendjel und Frantz Fanon Nkrumahs Prinzip der Gewaltlosigkeit heraus, indem sie den KonferenzteilnehmerInnen die Schwierigkeiten der algerischen Situation schilderten. Sie appellierten an die Delegierten, sie in ihrem Befreiungskampf zu unterstützen, nachdem Frankreich mehrfach bewiesen hätte, sich nicht widerstandslos aus Algerien zurückzuziehen (Ahlman 2010: 74). In seiner vielbeachteten Rede betonte Fanon, dass die Anwendung von Gewalt, wenn sich gewaltfreier Widerstand als aussichtslos erwies, eine legitime Option im Kampf für Selbstbestimmung sein müsse: „Africa is at war with colonialism [...] and she is impatient! [...] In our fight for freedom, we should embark on plans effective enough to touch the pulse of the imperialists – by force of action and, indeed, violence.“ (Fanon 1958, zit. nach Byrne 2016: 70; siehe auch Nosbers in diesem Heft)

Wie bereits bei der CIAS im April markierte das Thema der Gewaltanwendung ein moralisches und politisches Dilemma für die OrganisatorInnen der Konferenz. Die Differenzen zwischen den Delegierten gefährdeten nicht nur Nkrumahs Vision eines vereinigten Afrikas, sondern

auch die behutsame Repräsentation seiner panafrikanischen Pläne außerhalb Afrikas. Tom Mboya aus Kenia, der den Vorsitz der Konferenz übernommen hatte, erklärte, dass die AAPC Gewalt nicht als ihre Politik akzeptieren würde, sie aber die Notlage der algerischen FreiheitskämpferInnen anerkennen und die FLN sowie andere Gruppen nicht für die Anwendung von antikolonialer Gewalt verurteilen würde (Ahlman 2010: 75). Die Argumentation der algerischen Delegation hinterließ einen bleibenden Eindruck, insbesondere bei oppositionellen Gruppierungen und anderen BefreiungskämpferInnen. Sie trug erheblich dazu bei, den bewaffneten Kampf für Selbstbestimmung als letztes Mittel für legitim und unterstützungswürdig zu erklären. In einem Kompromiss einigte man sich schlussendlich, dies auch in die Resolutionen aufzunehmen (AAPC 1958c).

Ahlman (2010: 76) merkt an, dass Nkrumah zumindest prinzipiell mit einigen Argumenten der FLN sympathisierte, öffentlich allerdings keine Stellung dazu nahm und in den restlichen Tagen der Konferenz das Thema der Gewalt(losigkeit) vermied. Abseits der Konferenzräume aber, bei vertraulichen Gesprächen im *African Affairs Centre* (AAC) wurden zahlreiche Aspekte der Afrikanischen Befreiung zwischen den antikolonialen AkteurInnen und der ghanaischen Regierung debattiert. Während öffentlich die Prinzipien der Gewaltlosigkeit verteidigt wurden, zeigen die Zusammenkünfte im AAC die Bereitschaft von Nkrumah und seiner Regierung über praktische Lösungen des Befreiungskampfes zu diskutieren, die unter anderem auch Überlegungen zur militärischen Ausbildung einschlossen (Grilli 2018: 107).

Hinter den informellen Gesprächen, die im AAC geführt wurden, stand die Absicht, eine Basis für spätere Beziehungen zwischen Padmores Büro und den Befreiungsbewegungen zu schaffen, um Ghanas Einfluss unter den afrikanischen FreiheitskämpferInnen zu stärken. Über die Konferenz konnten zahlreiche wichtige Kontakte zu antikolonialen AktivistInnen wie Patrice Lumumba (Kongo), Holden Roberto (Angola) und Kenneth Kaunda (Nordrhodesien/ Zambia) etabliert werden. Sogar die algerische FLN eröffnete im Anschluss der AAPC ein Büro in Accra (Grilli 2018: 106) und Nkrumah sicherte der Delegation zu, demnächst die provisorische Regierung Algeriens anzuerkennen (Fanon 1972 [1969]: 164). Bereits ein halbes Jahr später kamen Ghana und Guinea diesem Versprechen nach und

erkannten die GPRA offiziell an. Frantz Fanon wurde daraufhin als Botschafter in beiden Ländern aktiv (Byrne 2016: 81).

Ghanas Bemühungen sind auch vor dem Hintergrund der Konkurrenz mit der ägyptischen AAPSO zu sehen. So teilte T. Ras Makonnen, Direktor des *African Affairs Centre*, dem AAPC-Komitee mit: „Look, we’ve spent all this money bringing these various delegations to Ghana, so we don’t want the damn Egyptians using the opportunity to spread their influence with their cells, Muslim Brotherhoods and God knows what else.“ (Makonnen 1958, zit. nach Grilli 2018: 106). Die Spannungen zwischen Kairo und Accra kreisten im Rahmen der AAPC vor allem um die Führungsrolle in den Unabhängigkeitskämpfen. Da die VAR bei der Konferenz der Regierungsvertreter (CIAS) in vielen Angelegenheiten seitens Ghanas und Liberias auf Widerstand stieß, wollte die ägyptische Gesandtschaft auf der nächsten Konferenz in Accra so viele Delegierte wie möglich zu ihrer Unterstützung wissen. Diese Pläne wurden aber sehr rasch von Padmore durchkreuzt (Thompson 1969: 51). So hatte das Vorbereitungskomitee der AAPC entschieden, dass nur afrikanische Delegationen an den Sitzungen der Kommissionen teilnehmen dürften, wodurch auch zahlreiche VertreterInnen der AAPSO von der Formulierung der Resolutionen ausgeschlossen blieben. Zwar bemühten sich diese zum Beispiel über den Leiter der Gewerkschaftsdelegation der VAR, Fouad Galal, Einfluss auszuüben, doch passte sich jener speziell in den Fragen zur Gründung einer permanenten Körperschaft und deren Sitz der Mehrheit an (Ghirmai 2019: 127-128).

Die Etablierung dieser permanenten Organisation mit Sitz in Accra war wohl eine der größten Errungenschaften der AAPC. Sie war damit beauftragt, Verständnis und Einheit unter den afrikanischen Gesellschaften zu fördern, die Befreiung Afrikas von Imperialismus und Kolonialismus zu beschleunigen, die Weltöffentlichkeit gegen die Nichtgewährung von politischen und fundamentalen Menschenrechten an AfrikanerInnen zu mobilisieren sowie das Gefühl einer Gemeinschaft zwischen den afrikanischen Gesellschaften zu stärken, mit dem Ziel, die „United States of Africa“ zu gründen. Das permanente Sekretariat sollte jedes Jahr ähnliche Konferenzen organisieren (AAPC 1958b). Im Unterschied zu der CIAS hatten sich die Delegierten der AAPC geeinigt, einen sogenannten „Freedom Fund“ einzurichten, über den die bereits unabhängigen afrikanischen Staaten die afrikanischen Befreiungsbewegungen finanziell

unterstützen sollten (Grilli 2018: 107). Die Bereitschaft der verschiedenen afrikanischen Delegationen, einander zu unterstützen und Freiwilligencorps in den einzelnen Ländern zu schaffen, bewertete Fanon im *El Moudjahid* als „Ausdruck, daß die nationale Befreiung mit der Befreiung des Kontinentes verknüpft ist.“ (El Moudjahid, Nr. 34, 24. Dezember 1958, zit. nach Fanon 1972 [1969]: 169)

Conclusio – Möglichkeiten und Grenzen

Die Unterschiede der *Conference of Independent African States* (CIAS) und der *All-African People's Conference* (AAPC) zeichneten sich in den verschiedenen Bestrebungen, Erwartungen und Herangehensweisen ihrer TeilnehmerInnen ab. So hatten beide Konferenzen jeweils unterschiedliche Bedeutungen für die ghanaischen und algerischen Beteiligten, deren Absichten selbst zunächst grundverschieden erscheinen, sich aber im Verlauf des Jahres 1958 veränderten und sich einander in späteren Jahren zunehmend annäherten. Während das Auftreten der algerischen FLN bei der CIAS noch von der Hoffnung zeugte, mit Appellen an die unabhängigen afrikanischen Staaten und darüber hinaus an die Vereinten Nationen auf das internationale System zurückzuwirken, radikalisierte sich ihre Herangehensweise mit der Gründung der provisorischen Regierung (GPRA) im September 1958 und der Reorganisation ihrer außenpolitischen Praxis. Den Zuspruch, den sie von anderen Befreiungs- und Oppositionsparteien auf der AAPC erfuhr, und der Austausch, der durch Accra als neue Vernetzungsbasis der FLN in das südliche Afrika gefördert wurde, ermöglichte neue, subversivere Allianzen. Dies bestärkte die FLN, in den nächsten Jahren radikalere Visionen von afrikanischer Befreiung und Einheit zu formulieren, die darauf abzielten, die verschiedenen – auch bewaffneten – Unabhängigkeitskämpfe in Afrika zu verknüpfen. Die grundlegenden Überlegungen dazu präsentierten die algerischen Repräsentanten bereits bei der AAPC 1958 und trugen damit wesentlich dazu bei, Kwame Nkrumahs Standpunkte auf der Konferenz herauszufordern.

Auch die Ausrichtung von Nkrumahs panafrikanischer Politik veränderte sich mit den jeweiligen Erfahrungen der beiden Konferenzen. Noch bei der CIAS bemühten sich die ghanaischen Regierungsvertreter darum, eine gemäßigte Afrikapolitik zu präsentieren, um sowohl die Beziehungen zu

Europa und den USA zu stärken als auch die Zusammenarbeit mit den unabhängigen afrikanischen Staaten zu gewährleisten. Auch ihre distanzierte Haltung gegenüber der algerischen FLN und ihrem bewaffneten Unabhängigkeitskampf ist vor diesem Hintergrund zu sehen. Auf der AAPC deutete sich bereits der Übergang von einem moderaten zu einem radikaleren und militanteren Zugang in Nkrumahs Afrikapolitik an. Die Proklamation der Ghana-Guinea-Union, die Unterstützung zahlreicher afrikanischer Befreiungsbewegungen und die Etablierung panafrikanischer Institutionen in Folge der AAPC symbolisieren Kwame Nkrumahs und George Padmores Ziel, Afrikanische Einheit politische Wirklichkeit werden zu lassen. Mit Padmores Tod im September 1959 verstärkten sich diese Bemühungen, die nun mit einer Öffnung gegenüber der Sowjetunion und dem zunehmenden Abrücken von dem Prinzip der Gewaltlosigkeit einherging (Grilli 2018: 103; 108; 162; vgl. Adeleke 2020).

Während Ghanas Regierung noch im Frühjahr 1958 versuchte, die Anwesenheit der algerischen FLN auf der CIAS zu verhindern, erkannte sie ihre provisorische Regierung bereits ein Jahr später offiziell an und ermöglichte ihr über Accra diplomatische Vorstöße in Afrika. Schon im Juni 1960 nahm die GPRA an der dritten CIAS in Addis Abeba als anerkannte Regierung Algeriens mit vollen Rechten teil (Byrne 2016: 81). Spätestens ab 1960 kann von einer politischen Annäherung zwischen Nkrumahs Regierung und der algerischen GPRA gesprochen werden, die sich nicht zuletzt in der gemeinsamen Verortung im radikalen panafrikanischen politischen Spektrum, der sogenannten Casablanca-Gruppe, ausdrückte (vgl. Spielbüchler 2011).

Generell erzielten die beiden Konferenzen in Accra bedeutende Erfolge. Sie trugen erheblich dazu bei, die verschiedenen politischen Gruppierungen Afrikas zusammenzubringen, innerafrikanische Kooperation zwischen den unabhängigen Staaten zu fördern und antikoloniale NationalistInnen in ihren Unabhängigkeitsbewegungen zu bestärken, zu unterstützen und untereinander, aber auch über den afrikanischen Kontinent hinaus zu vernetzen. Die Ausrichtung eigener, afrikanischer Konferenzen und die Institutionalisierung panafrikanischer Initiativen verdeutlichen die Versuche, alternative Plattformen im internationalen Machtgefüge zu errichten, die den bis dato marginalisierten staatlichen wie nichtstaatlichen AkteurInnen Afrikas Gehör verschaffen sollten.

Die Konflikt- und Bruchlinien der CIAS und der AAPC – von denen hier einige aus Perspektive der ghanaischen und algerischen Beteiligten herausgegriffen wurden –, zeigen, wie die inter- und transnationalen (Aus-) Handlungsräume miteinander verflochten waren und wie multiple Zukunftsvisionen, Ordnungsvorstellungen und Strategien, diese zu erreichen, nebeneinander existierten. Auf beiden Konferenzen zeichneten sich einige dieser Verschränkungen und daraus resultierenden Ambivalenzen ab: von der Nutzung der westlich dominierten Räume (UNO, Commonwealth) als Vernetzungs- und Vermittlungsforen, den Überschneidungen und Rivalitäten mit der Afro-Asiatischen Bewegung (Bandung, AAPSO), bis zu den konkurrierenden Vorstellungen von trans-, pan- und supranationalen Projekten in Afrika (Regionalismus, Panafricanismus, verschiedene Spielarten der Afrikanischen Einheit) und ihren komplexen Beziehungen zu jenen der Kolonialmächte („Communauté française“). Trotz der Beschränkungen und Hindernisse, die sich aus diesen Spannungen und Widersprüchen ergaben, barg eben diese Pluralität der Möglichkeiten das Potenzial, Anliegen, Veränderungen und alternative politische Vorschläge hervorzubringen, international auf sie aufmerksam zu machen und langfristige Debatten anzustoßen (siehe auch Burton in diesem Heft). So geben besonders die politischen Implikationen der umstrittensten Diskussionspunkte, die Hintergründe der divergierenden Positionen und die verhandelten Optionen im Zuge von Kompromissen Aufschluss über die zahlreichen, parallel bestehenden, wenn auch nicht immer verwirklichten Visionen und Vorhaben.

Bibliographie

- AAPC (All-African People's Conference) (1958a): *Speeches by the Prime Minister of Ghana on December 8th and 13th, 1958*. Accra: Community Centre.
- (1958b): Statutes of the All-African People's Conference. In: Legum, Colin (1965 [1962]): *Pan-Africanism. A Short Political Guide*. London: Pall Mall Press, 241-246.
- (1958c): *Resolutions of the All-African People's Conference: Held at Accra, Ghana, December 5-13, 1958*. Accra: Community Centre.
- Abou-El-Fadl, Reem (2019): Building Egypt's Afro-Asian Hub: Infrastructures of Solidarity and the 1957 Cairo Conference. In: *Journal of World History* 30/1-2: 157-192.
- Adeleke, Tunde (2020): Exilic Pan-Africanism: Refocusing Kwame Nkrumah's Conakry Years, 1966–1971. In: *Stichproben. Wiener Zeitschrift für kritische Afrikastudien* 20/38: 73-100.

- Adi, Hakim (2018): *Pan-Africanism. A History*. London: Bloomsbury Academic.
- / Sherwood, Marika (2003): *Pan-African History. Political Figures from Africa and the Diaspora since 1787*. London: Routledge.
- Ahlman, Jeffrey S. (2010): The Algerian Question in Nkrumah's Ghana, 1958-1960: Debating "Violence" and "Nonviolence" in African Decolonization. In: *Africa Today* 57/2: 67-84.
- Aydin, Cemil (2013): Pan-Nationalism of Pan-Islamic, Pan-Asian, and Pan-African Thought. In: Breuilly, John (Hg.): *The Oxford Handbook of The History of Nationalism*. Oxford: Oxford University Press, 672- 693.
- Biney, Ama (2011): *The Political and Social Thought of Kwame Nkrumah*. London: Palgrave Macmillan.
- Burton, Eric (2019): Hubs of Decolonization. African Liberation Movements and Eastern Connections in Cairo, Accra and Dar es Salaam. In: Dallywater, Lena/ Fonseca, Helder A. /Saunders, Chris (Hg.): *Southern African Liberation Movements and the Global Cold War "East". Transnational Activism 1960-1990*. Berlin/Boston: De Gruyter, 25-56.
- (Hg., 2018): *Journeys of education and struggle: African mobility in times of decolonization and the Cold War*. = Stichproben. Wiener Zeitschrift für kritische Afrikastudien 18/34.
- Byrne, Jeffrey James (2015): Beyond Continents, Colours, and the Cold War. Yugoslavia, Algeria, and the Struggle for Non-Alignment. In: *The International History Review* 37/5: 912-932.
- (2016): *Mecca of Revolution. Algeria, Decolonization, and the Third World Order*. New York: Oxford University Press.
- CIAS (Conference of Independent African States) (1958a): *Official Handbook*. Accra: Government Printer.
- (1958b): Confidential Report. PRAAD-ACCRA, Record Group 8/2/772.
- (1958c): *Speeches Delivered at the Inaugural Session, 15th April 1958, Parliament House, Accra, Ghana*. Accra: Government Printer.
- (1958d): *Speeches Delivered at the Close of the Conference, 22nd April 1958, Parliament House, Accra, Ghana*. Accra: Government Printer.
- (1958e): *Declarations and Resolutions, 22nd April 1958, Parliament House, Accra, Ghana*. Accra: Government Printer.
- Connelly, Matthew (2001): Rethinking the Cold War and Decolonization. The Grand Strategy of the Algerian War for Independence. In: *International Journal of Middle East Studies* 33/2: 221-245.
- (2002): *A Diplomatic Revolution. Algeria's Fight for Independence and the Origins of the Post-Cold War Era*. Oxford: Oxford University Press.
- Cooper, Frederick (2002): *Africa since 1940. The Past of the Present*. Cambridge: Cambridge University Press.
- (2008): Possibility and Constraint: African Independence in Historical Perspective. In: *Journal of African History* 49: 167-196.
- (2012 [2005]): *Kolonialismus denken. Konzepte und Theorien in kritischer Perspektive*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

- Dei-Anang, Michael (1975): *The Administration of Ghana's Foreign Relations, 1957-1965. A Personal Memoir*. London: The Athlone Press.
- Fanon, Frantz (1972 [1969]): *Für eine afrikanische Revolution. Politische Schriften*. Frankfurt am Main: März Verlag.
- (2002 [1961]): *Les damnés de la terre*. Paris: Découverte/Poche.
- Geiss, Imanuel (1968): *Panafrikanismus. Zur Geschichte der Dekolonisation*. Frankfurt/ Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Ghirmai, Philmon (2019): *Globale Neuordnung durch antikoloniale Konferenzen. Ghana und Ägypten als Zentren der afrikanischen Dekolonisation*. Bielefeld: transcript.
- Grilli, Matteo (2018): *Nkrumalism and African Nationalism. Ghana's Pan-African Foreign Policy in the Age of Decolonization*. New York: Palgrave Macmillan.
- Hodgkin, Thomas (1958): Concert of Africa. In: *New Statesmen* 55/1415 (26 April): 521-522.
- Hooker, James R. (1967): *Black Revolutionary. George Padmore's Path from Communism to Pan-Africanism*. London: Pall Mall Press.
- Hoppel, Lisa (2019): *Internationalistischer Nationalismus. Lehren aus dem panafrikanischen Befreiungskampf*. Wien: Promedia.
- James, Leslie (2014): *George Padmore and Decolonization from Below. Pan-Africanism, the Cold War, and the End of Empire*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Lee, Christopher J. (2010): Between a Moment and an Era: The Origins and Afterlives of Bandung. In: Lee, Christopher J. (Hg.): *Making a World After Empire. The Bandung Moment and Its Political Afterlives*. Athens/OH: Ohio University Press, 1-42.
- Legum, Colin (1965 [1962]): *Pan-Africanism. A Short Political Guide*. London: Pall Mall Press.
- Lewis, Su Lin/ Stolte, Carolien (2019): Other Bandungs. Afro-Asian Internationalisms in the Early Cold War. In: *Journal of World History* 30/1-2: 1-19.
- McCann, Gerard (2019): Where was the Afro in Afro-Asian solidarity? Africa's 'Bandung Moment' in 1950s Asia. In: *Journal of World History* 30/1-2: 89-123.
- Mortimer, Robert A. (1970): The Algerian Revolution in Search of the African Revolution. In: *The Journal of Modern African Studies* 8/3: 363-387.
- Nasser, Gamal A. (1955 [1954]): *Egypt's Liberation. The Philosophy of the Revolution*. Washington/DC: Public Affairs Press.
- Nkrumah, Kwame (1957): *Ghana. The Autobiography of Kwame Nkrumah*. Edinburgh: Thomas Nelson and Sons.
- (1968): *Handbook of Revolutionary Warfare. A Guide to the Armed Phase of the African Revolution*. London: Panaf Books Limited.
- (1970 [1963]): *Africa Must Unite*. London: Panaf Books Limited.
- (1981 [1973]): *The Struggle Continues. Six Panaf Pamphlets*. London: Panaf Books Limited.
- Padmore, George (1972 [1956]): *Pan-Africanism or Communism*. New York: A Doubleday Anchor Book.
- Schmidt, Elizabeth (2007): *Cold War and Decolonization in Guinea, 1946-1958*. Athens/ OH: Ohio University Press.
- Sonderegger, Arno (2016): How the Empire Wrote Back. Notes on the Struggle of George Padmore and Kwame Nkrumah. In: Lundt, Bea/ Marx, Christoph (Hg.): *Kwame*

- Nkrumah 1909-1972. A Controversial African Visionary.* Stuttgart: Franz Steiner, 19-38.
- Spielbüchler, Thomas (2011): Afrikanische Integration. In: Sonderegger, Arno/ Grau, Ingeborg/ Englert, Birgit (Hg.): *Afrika im 20. Jahrhundert. Geschichte und Gesellschaft.* Wien: Promedia, 81-97.
- Terretta, Meredith (2010): Cameroonians Go Global: From Forest *Maquis* to a Pan-African Accra. In: *Journal of African History* 51/2: 189-212.
- The Afro-Asian Networks Research Collective (2018): Manifesto. Networks of Decolonization in Asia and Africa. In: *Radical History Review* 131: 176-182.
- Thompson, Willard Scott (1969): *Ghana's Foreign Policy 1957-1966. Diplomacy, Ideology, and the New State.* Princeton: Princeton University Press.
- Von Bülow, Mathilde (2019): Beyond the Cold War: American Labor, Algeria's Independence Struggle, and the Rise of the Third World (1954-62). In: *Journal of Social History* 53/2: 454-486.
- Wurzer, Katharina (2020): The Mali-Federation: A Pan-African Endeavour? Reflections on Pan-Africanism and Nationalism in Times of Decolonization. In: *Stichproben. Wiener Zeitschrift für kritische Afrikastudien* 20/38: 55-72.